

Zum Tod von J.R. Jayawardene

Ein Portrait von Walter Keller

Wohl kein Politiker hat die Geschicke Sri Lankas mehr beeinflußt als der ehemalige Präsident des Landes, Junius Richard Jayawardene. Am 1. November verstarb er im Alter von 90 Jahren.

Der "schlaue Fuchs", wie Jayawardene genannt wurde, hat wie kein anderer Politiker seit der Unabhängigkeit Sri Lankas die politische Bühne beherrscht. Elf Jahre war er Regierungschef der Inselrepublik - erst als Premierminister, dann als selbsternannter, erster Exekutivpräsident mit weitreichenden Vollmachten. Er sei ein Diktator, für die Eskalation des Volksgruppenkonflikts maßgeblich verantwortlich und habe politisch und wirtschaftlich das Land in den Ruin geführt, meinten die Kritiker während seiner Amtszeit. Für seine politischen Freunde war er der Vater der "sanften Revolution", mit der er positive Veränderungen, besonders innerhalb der Wirtschaft, in Gang gesetzt habe.

Sein Werdegang als Politiker schien bereits kurz nach seiner Geburt am 17. September 1906 vorbestimmt. Der Familienastrologe hatte aus dem in Sri Lanka üblichen Geburtshoroskop herausgelesen, Junius Richard sei dazu auserkoren, einmal der gerechte Herrscher über das Volk im indischen Ozean zu werden. Als er dann später tatsächlich mit seinem politischen Engagement im damaligen 'Ceylon National Congress' begann, ahnte freilich noch niemand, zu

welch umstrittener Persönlichkeit er einmal werden sollte.

Junius Richard war das erste von insgesamt elf Kindern des bekannten Rechtsanwaltes E.W. Jayawardene und seiner Frau Agnes Helen, geborene Wijewardene. Wie alle seine Geschwister wurde auch er am renommierten 'Royal College' von Colombo eingeschult, wo er schon bald zum besten Schüler avancierte. Als er mit 26 Jahren seinen Eid als Rechtsanwalt ablegte, hatte er die gute Familientradition fortgeführt und seine gesamte Ausbildung nicht in Oxford oder Cambridge, sondern in Colombo absolviert - durchaus unüblich für Kinder aus vergleichbar privilegiertem Elternhaus.

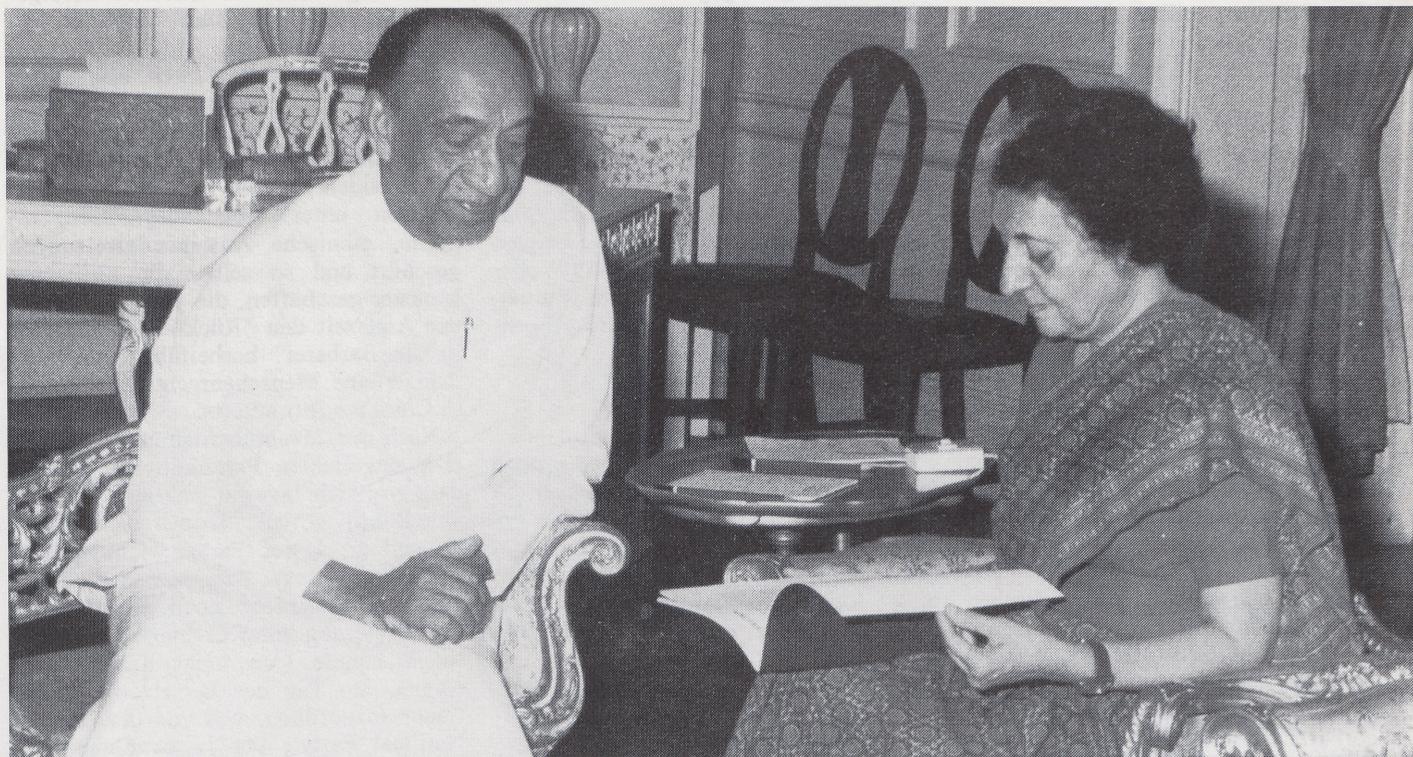
Frühe politische Jahre

Als Abgeordneter des 'State Council' begann 1943 sein politischer Aufstieg. Nach der Unabhängigkeit des Inselstaates im Februar 1948 wurde er ihr erster Finanzminister. Erfolge konnte der Politiker der 'United National Party' (UNP) 1950 verbuchen, als er maßgeblich an der Entstehung des 'Colombo-Plan' beteiligt war - einem Kooperati-

onsabkommen der süd- und südostasiatischen Staaten mit überwiegend europäischen Ländern. Srilankische Chronisten erwähnen immer seinen Auftritt anlässlich der Friedenskonferenz von San Francisco 1951, wo er eine feurige Rede hielt, mit der er sich für ein freies Japan und dessen volle Souveränität nach dem zweiten Weltkrieg einsetzte. Die Japaner scheinen die unterstützenden Worte des Politikers nicht vergessen zu haben: Nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Jayawardene 1977 wurden sie nicht nur zum bedeutendsten Handelspartner, sondern auch zum Hauptfinanzier für Entwicklungsprojekte in Sri Lanka.

Opposition und Machtübernahme

Nachdem ab 1956 meist die 'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP) die Regierungen stellte, gelang Jayawardene und seiner UNP erst 1977 wieder ein Durchbruch. Bei den Wahlen vom 22. Juli 1977 gingen 141 der 168 Sitze an die UNP, Jayawardene wurde Premierminister und wenig später, nachdem eine neue Verfassung verabschiedet war, erster Exekutivpräsident der "Demokratischen Soziali-



Jayawardene mit Indira Gandhi (Foto: Südasienbüro-Archiv)

stischen Republik Sri Lanka".

Nach dem "Erdrutschwahlsieg" verhiess das neue Staats- und Regierungsoberhaupt eine auf den Idealen der buddhistischen Philosophie aufbauende Gesellschaft. Jayawardene versprach dem Volk die Achtung von Menschenrechten, die Einhaltung von Rechtsnormen, unabhängige Gerichte und uneingeschränkte Pressefreiheit. Seiner großen Konkurrentin, Sirimavo Bandaranaike, warf er autokratische Herrschaft, Nepotismus, politische Patronage, weitverbreitete Korruption und Machtmissbrauch für ihre Amtszeit zwischen 1970 und 1977 vor und ließ ihr für eine Zeitspanne von sieben Jahren die Bürgerrechte entziehen. Durch ihre Verbannung aus dem Parlament hatte er seine Hauptkonkurrentin bis Januar 1986 ebenso erfolgreich wie geschickt ausgeschaltet.

Der tamilischen Minderheit hatte er schon im Wahllampf von 1977 die Lösung ihrer Probleme versprochen. "Die United National Party ist der Auffassung, daß die tamilisch-sprechende Bevölkerung mit zahlreichen Problemen zu kämpfen hat. Weil es bisher nicht zu einer Lösung gekommen ist, unterstützen Tamilen sogar die Forderung nach der Schaffung eines unabhängigen Staates. (...) Die Partei ist der Auffassung, daß die Probleme unverzüglich gelöst werden müssen...", kündigte er an.

Sanierung der Wirtschaft

Ein Hauptziel der neuen Regierung unter Jayawardene war die Sanierung der desolaten Wirtschaft. Das neue Wirtschaftsprogramm sollte Versorgungsengpässe beseitigen, die gegen Ende der Regierungszeit der SLFP und ihrer Premierministerin Bandaranaike zu Hungersnöten geführt hatten. Zahlungsbilanz- und Verschuldungsprobleme sollten durch eine von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds empfohlene "Öffnung" der Wirtschaft erreicht werden. Vorgesehen war eine an traditionellen und nicht traditionellen Produkten orientierte Exportstrategie, die Liberalisierung der Importe, Abwertung der Rupie und Kürzung von Wohlfahrtsmaßnahmen. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit, Devisenmangel, stagnierende industrielle Entwicklung, fehlendes Kapital und know-how sollten durch die Förderung ausländischer Investitionen und die Forcierung von Entwicklungsprojekten gelöst werden.

Von der Ansiedlung ausländischer Unternehmen in einer mit hohem Kostenaufwand eingerichteten Freihandelszone versprach sich die Regierung 100.000 neue Arbeitsplätze. "Laßt die Räuberbarone ruhig kommen", verkündete er damals, nachdem die Opposition

seinen Plan heftig kritisiert hatte.

Versprechen und Wirklichkeit

Viele der Versprechungen konnte Präsident Jayawardene nicht halten. Während seiner elfjährigen Amtszeit kam es zu einer zunehmenden Aushöhlung der Grundrechte der Bevölkerung und zur Unterdrückung von legaler Opposition durch staatlich sanktionierten politischen Terror. Der Druck auf Parteien, Gewerkschaften, Studentenvertretungen und Presse nahm ebenso zu wie die staatlichen Eingriffe in die Rechtsprechung.

Zahlreiche undemokratische, autoritäre Maßnahmen wurden durch Verfassungsänderungen eingeleitet. Wann immer dem Präsidenten und der Regierung die Verfassung im Wege stand, wurde sie verändert, insgesamt fünfzehn Mal. So waren zwei Verfassungsänderungen Ausgangspunkt für vorverlegte Präsidentschaftswahlen im Oktober 1982 und für das zwei Monate später inszenierte Referendum, das anstelle der eigentlich anstehenden Parlamentswahlen den Wählerinnen und Wählern nur die Gelegenheit gab, mit "ja" oder "nein", für oder gegen die Verlängerung des bestehenden Parlamentes zu stimmen. Die der Regierung von der Opposition vorgeworfene undemokratische Abwicklung des Volksentscheids, Wahlbetrug und Einschüchterung, warf ab 1982 immer wieder Fragen nach der Legitimation der Regierung Jayawardene auf.

In die Ara des jetzt verstorbenen Politikers fielen auch drei pogromartige Ausschreitungen gegen die tamilische Minderheit des Landes. Zu den schlimmsten kam es im Sommer 1983, als über 1.000 Menschen ihr Leben verloren. Die 'Internationale Juristenkommission' war nur eine von zahlreichen internationalen Organisationen, die Regierungsmitglieder als Drahtzieher der damaligen Ausschreitungen beschuldigten und Soldaten und Polizeibeamten vorwarfen, sie hätten sich aktiv oder passiv an Morden an Tamilen, Verwüstungen und Plünderungen ihres Eigentums beteiligt.

"Friedensvertrag" mit Indien

An eine Unterschrift, die Jayawardene unter einen Vertrag setzte, wird sich die Bevölkerung Sri Lankas noch lange erinnern. Als am 29. Juli 1987 Jayawardene und Indiens damaliger Premierminister Rajiv Gandhi in Colombo einen "Friedensvertrag" unterzeichneten, sollte damit durch indische Vermittlung der Volksgruppenkonflikt gelöst werden. Der Vertrag, der der tamilischen Bevölkerung eigentlich mehr Autonomie zugestand, entwickelte sich in der Folgezeit

zum Zankapfel der Nation und polarisierte die Bevölkerungsgruppen. Haß, Gewalt und anarchische Zustände bestimmten nun bis zum Ende der Regierungszeit von Jayawardene die Lage im einstigen Tropenparadies. Zu dem Unruheherd Nordosten gesellte sich ein weiterer in den südlichen Landesteilen hinzu: Hier geriet seine Regierung durch die immer einflußreicher werdende sinhalesisch-radikale 'Janatha Vimukti Peramuna' (JVP) zunehmend unter Druck. Sie begann mit Terror gegen alle Sinhalesen, die den "Friedensvertrag" mit Indien befürworteten. Mit dem mobilisierenden Slogan "Rettet das Vaterland" schmiedete die JVP eine Allianz gegen die Regierung, das indische Engagement in Sri Lanka, die Anwesenheit indischer Truppen im Land und gegen die im Vertrag festgeschriebenen Zugeständnisse an die tamilische Minderheit. Die Regierung wehrte sich nur noch durch hilflosen Gegenterror ihrer Milizen und Soldaten und erst Jayawardenes Nachfolger im Präsidentenamt, Ranasingha Premadasa, gelang es 1989, die JVP durch den brutalen Einsatz von Soldaten, geheim operierenden Killerkommandos und Vigilanten-Gruppen zu zerschlagen.

Die zunehmende Militanz in den südlichen, überwiegend von Sinhalesen besiedelten Landesteilen, war aber nicht zuletzt auch eine Folge der katastrophalen Wirtschaftslage. Trotz aller guten Vorsätze Jayawardenes stiegen Schuldenberg und Arbeitslosenquote dramatisch an. Ausländische Investitionen, die der Präsident fördern wollte, zeigten wegen der eskalierenden innenpolitischen Lage nicht die erhofften Erfolge. Wie wichtig politische Stabilität ist, zeigte sich vor allem im Tourismusgewerbe. Es kam zu starken Einbrüchen (bis zu 60 Prozent Rückgang) ab 1983. Um von den wachsenden ökonomischen und sozialen Problemen abzulenken, hat der Präsident, der ab Mai 1983 ununterbrochen unter Notstandsgesetzen regierte, ethnische Auseinandersetzungen geschürt und so selber die militanten Monster geschaffen, die gegen Ende seiner Amtszeit den "Rückfall des Landes in die Barbarei" herbeiführten, wie es damals eine Menschenrechtsorganisation in Colombo formulierte.

Nach der Machtübernahme durch den eher ungeliebten Parteikollegen Premadasa zog sich Jayawardene aus der aktiven Politik zurück. Jedoch nicht, ohne ab und zu seiner Partei wichtige Ratschläge zu geben. Nach seinem Tod gab es um Jayawardene noch einen Eklat: Die Regierung unter Chandrika Kumartunga konnte sich nicht dazu durchringen, am Tag der Beisetzung Staatstrauer anzuordnen, was von der 'United National Party', der Jayawardene über 50 Jahre angehörte, verurteilt wurde.